

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Einheitspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Freimarkt für Deutschland und
Ostdeutschland M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3462.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zuschriften werden die gegebenen Beiträge mit 25 Pf. bedacht, bei dreimaliger
Abrechnung wird Rabatt gewährt. Bereitsangezogene 20 Pf. Abreise müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sind und sind im
Voraus zu buchen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 135.

Dresden, Montag den 15. Juni 1908.

19. Jahrg.

Polizei und Justiz.

Die Internationale kriminalistische Vergleichung, in der der Geist des trefflichen Strafrechtstheoretikers Professor v. Lützt lebt und wohnt, eines Mannes, der die Menschen nicht wie getrocknete Pflanzen in ein juristisches Herbarium stellt, sondern nach ihren jugendlichen Urzügen spürt, hält gegenwärtig in Bozen ihren Kongress ab. Das bemerkenswerte Werk dieser Tagung hielt wohl der Dresdner Staatsanwalt Dr. Wulffsen, der, unter den Staatsanwälten ein großer Name, an sozialer Verständnis dem Professor v. Lützt fast das Wasser reichen darf, über das Thema: Stellung und Aufgabe der Polizei im Strafverfahren. Er über die Ausbildung der Polizeibeamten sagte, es von ziemlich Untergang und verdient um so mehr festgehalten zu geben, als ähnliche Tatsachen, von der sozialdemokratischen Presse gedeckt, von dem nationalen Presseschreiber prompt als freie Verhandlungen bezeichnet wurden. Nach seinen Ausführungen erkennt viele Polizeibeamte eine methodische Ausbildung überhaupt — Unteroffizier gewesen zu sein, das genügt! Und es ist wie ein blutiger Hohn, daß in den Büros mancher Polizeibehörden, denen in erster Reihe der Schutz der Gesetze ansteht, Sammlungen der Strafgesetze, ja selbst das Strafregister und die Strafprozeßordnung ganz einfach fehlen! In den Schulen der Polizeischule in Neustadt, schwanger im Dienst befindlichen Leuten, mußte leider, was die Ausbildung soll? Von 155 Besuchern besuchten nur sieben das Strafregisterbuch, einer kannte die Gewerbeordnung, keiner das Straf- und Feldstrafgesetz. Was Wunder, daß da die Polizei in den Fällen die verhängsmäßig garantierten Rechte des Staatsanwalts als einen Pflichteracht achtet, und bei Vohnkämpfen der Bevölkerung die Gewerbeordnung von Polizeibeamten oft in der unverständigen Weise ausgelegt wird. Die Gewerbeordnung, die Verfassung — was braucht ein Polizeimensch zu kennen? Die Polizei ist sowortherin, sie distanziert ihre Verfassung und ihre Gewerbeordnung selber.

Zum zweiten befragte sich Dr. Wulffsen darüber, daß Verfolgung von Verbrechen die Polizeibehörden den ersten Schritt übernehmen und dem Strafverfahren gegenüber eine schuldige Stellung gestimmt. Oft muß die eigentliche Strafverfolgungsbehörde, die Staatsanwaltschaft, warten, bis ihr die Polizeibehörde, deren Ermittlungsbeamten ihr zwar zu Hilfsbeamten steht und, die Zuständigkeit abtritt. Dass auch durch diesen Stand der Polizeiwillkür in weiterem Maße Tod und Tot gesetzt sind, als wenn sich die Polizeibeamten wirklich nur als andlänger der richterlichen Behörden betätigten dürften, liegt auf der Hand.

Die Klagen des Staatsanwalts Dr. Wulffsen beziehen sich auf einen einzelnen und kleinen Abschnitt des Verhältnisses zwischen Polizeibehörden und richterlichen Behörden, aber sie setzen doch ein großes Schlaglicht auf die ganze Masse dieser verschämten Zustände. Diese Vorrichtung der Polizei vor der Justiz ist keine Zuständigkeit, sondern, was Herr Wulffsen freilich nicht sah, der Ausdruck einer sehr jungenen Methode. Die Richter, so sorgfältig gefiebert und so „staatserhaltend“ diese Beamten auch sein mögen, sind doch dem Gesetz nach unabhängig; sie dürfen nicht zur Verantwortung gezogen werden für ihre amtlichen Handlungen, wenn man auch sie mit allerhand Schikanen drangsaliertem, und es gibt auch heute noch Richter, die nicht blindlings im „Staatsinteresse“ ausführen, was oben genannt ist oder gewünscht wird. So erwähnte dieser Tag noch ein Richter der Meißner Staatsanwaltschaft einen als Beugung fungierenden Polizeibeamter, der einen sozialdemokratischen Versammlungssprecher zu gerne wegen Aufenthaltsuntreue hinlegte hätte, läßt und trocken: „Auch ein Polizeikommissar, der einen Weineld schwört, kommt auch in Buchthaus.“ Die Polizei aber ist unmittelbar den Verwaltungsbüroden unterstellt und wirkt wie eine Maschine, auf deren Knöpfen man nur zu drücken braucht. Deßhalb ist sie im Grunde mit einer größeren Macht ausgestattet als die Justiz — eine Macht, die u. a. auch darin zum Ausdruck kommt, daß selbst nach dem neuen Reichsstrafgesetz ein Polizeibeamter, der widerrechtlich eine Versammlung zur Auflösung bringt, nicht zum Erfolg der durch die bereitete Versammlung nüchtern ausgeworfenen Kosten für Plakate, Zeitungsaussagen, Referentenhonorar usw. angehalten werden kann, während auf der anderen Seite für unzulässig erklärte Untersuchungshaft, also eine durch einen richterlichen Beamten verfügte Maßregel, Schadensersatz geleistet werden kann.

Wenn man sich die Zeit vergleicht, in der sich die Polizeiarmut zur Schönsten Blüte entwidmete, werden diese Zusammenhänge doppelt klar. Es war das die Zeit der nachmärkischen Reaktion, in der hin und wieder die Justizbehörden die erwünschte zivillistische Sicherheit vermissen ließen, hatten doch hohe richterliche Beamte in führender Stellung an der Revolutionssbewegung des Jahres 1848 teilgenommen. Die Polizei aber durfte alles, konnte alles und tat alles. Ihre Tätigkeit bildete damals ein wahrer Demokrat, Ludwig Wallstrode, wie folgt:

„Statt durch Wegzehrung von Hindernissen dem Bürger die Wahl frei zu machen für die Arbeit seines Kopfes und seiner Hände, damit er in dem Ringkampf um seine ideale und geistige Errichtung nirgends ein Gemüth finde als an dem dem heutigen gleich gemessenen Maße anzuwenden, hat die Polizei das ganze Körperliche Leben mit vegetativen Verhüllungen, Verdeckungen und Strafbestimmungen umspannen und eingeklemmt. Es gibt nichts, was sie nicht erlauben möchte, nichts, was sie nicht verbieten möchte. Mit hoher polizeilicher Bestimmung werden sie nicht gehorchen, mit hoher polizeilicher Bestimmung werden sie begegnen.“

Das muß die ihre Zustimmung erbitten, nach Weigung und Fähigkeit sich und die Deutzen rechtlich erinnern zu dürfen. Der edelste Beurteilungskreis wie der gemeinen, ja selbst dem ehrlosen Gewerbe drückt sie den Stempel ihrer Autorisation auf. Sie kontrollieren Schaukabinen und Hundekiosken, höhere Höherkabinen und Bordelle, vogierende Harfenstühne und Gouvenement, Spielbanken und freudeliche Kindergarten, Schnapskneipen und Lebkuchenküche und was nicht?

Wo etwa die Justiz gegen das Polizeiaufsehen jener Tage, das aller Beschreibung spottet, ein stilles Rückgrat bewahrt, wurde es ihr schnell gebrochen. Als ein Staatsanwalt den bedeutsamsten aller preußischen Polizeioberschädel, Sieber, wegen der schwersten Amtsverbrechen anzuslegen wagte, mußte er bald für seine Freiheit vom Prozeß, und so oft die Gerichte den andern berüchtigten Polizeioberschädel, Emil Lindenberg, aus dem Deutschen Reichsgerichtsstand beladen, wegen irgendwelcher Delikte verurteilt, so oft legte der Justizminister dem König Friedrich Wilhelm II. die Genehmigung der Gnädigenreiche zur Untersicht vor, und der König unterschrieb jedesmal, achtmal im ganzen!

Das sind nicht etwa historische Erinnerungen aus einer Vergangenheit, die längst tot und begraben ist, sondern in andern, der Entwicklung geschuldeten milderten Formen existiert das heute noch, wie auch die Darstellung Wallstrodes der Polizeialmacht so frisch annimmt, als sei sie gestern geschrieben. Das markanteste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der Fall des Landgerichtsrats Theisen. Als Richter in Frankfurt a. M. hatte er die von der Polizei vorläufig festgenommenen und dem Richter vorgeführten Personen zu verhören und möchte dabei fast täglich — in einer Broschüre hat er es selbst erzählt — die Beobachtung, daß die Polizeibehörde sich um die zum Schutz der persönlichen Sicherheit erlossenen Bestimmungen den Laufkämmen. Personen wurden festgenommen, bei denen die Vorlesungen für die Festnahme nicht vorlagen, andere wurden dem Richter so spät vorgeführt. Da alle Beschuldigten und Hinweise nichts hatten, gewann er die Überzeugung, daß in vielen Fällen vorläufige Freiheitsberaubung im Sinne des § 311 des Strafregisterbuchs vorliege und richtete ein Schreiben an den Ammantritt mit der Bedeutung, daß vielfach festgenommene Personen erst in drei oder mehr Tagen dem Richter vorgeführt würden, während das Gesetz eine Frist von längstens 24 Stunden vorschreibt. Aber er mußte noch zweimal melden, daß die Vergehen der Freiheitsberaubung fests des königlichen Polizeipräsidiums fortgesetzt weiter begangen werden, und um größte Verfehlung bitten, damit diesen schweren Rechtsbeugungen durch Anzeige an die königliche Staatsanwaltschaft in Zukunft vorgebeuge werde, bis Antwort kam. Allein die Antwort bestand nicht etwa in einer Anklage gegen den Polizeipräsidium, der die Rechtsbeugungen auf dem Gewissen hatte, sondern in einer Disziplinarstrafe gegen den Landgerichtsrat, der die Rechtsbeugungen besiegt haben wollte. Als Theisen in einer Broschüre den Fall an die Öffentlichkeit brachte, wurde auf dem Disziplinarwege seine Entlassung beantragt. Das geschah nicht in den nächsten Jahren nach 1850, sondern in dem Jahre der konserватiven Übernahme 1907!

Da aber diese Bestürzung der Polizeiarmut, wie gezeigt, einem System entspringt, werden auch die Klagen des Herrn Staatsanwalts Dr. Wulffsen wirkungslos verhallen. Wirkungslos, aber nicht ungebühr, denn da sie für die Sozialdemokratie, die den Polizeistand bis auf Messer hält, werthvoll sind, wird sie sich seine Klagen gut merken.

Der gekleidete Flottenverein.

Nach langen Warten ist der Flottenverein auf seiner Hauptversammlung in Danzig wieder einzgetreten zusammengeföhrt worden. Man hatte schon vor der Hauptversammlung im intimen Kreise alles fertiggestellt, so daß die öffentliche Verhandlung bloß Schautrick war. Der Personenzwist ist in der Art ausgetragen worden, daß der geschäftsführende Vorsteher, General Stein, endgültig geprägt wurde, während sein Gegenstück, Fürst Salm, vor den Präsidenten spielen soll. Der jährliche Begnadigungsfest der Krimmlingen und den Bayern soll wohl gelöst werden, zwischen der Krimmlingen und den Bayern soll wohl gelöst werden, daß der Flottenverein zwar nicht parteiopolitisch aber „national-politisch“ sein soll, daß er nicht „ein agitatorisch“, aber auch nicht „ein gewerbeorientiert“ sein soll. Wo eine solche „mittlere Linie“. Das wesentliche ist, daß dieser Verein nach wie vor die Flottenvereinigung besorgen will, daß er auch die letzten großen Flottenbewilligungen für ungünstig erklärt, daß er durch seine Flottenbewilligungen für ungünstig erklärt, daß er durch seine Flottenbewilligungen für ungünstig erklärt, daß die Deutsche Regierung zur Unmöglichkeit wird, als bei dieser Verein nicht politische. Die Flottenvereinigung selbst ist selbst als politische Vereinigung und sie müssen daher ihre Vertretung nach den Bestimmungen des Vereinsschreins einrichten. Insbesondere werden sie der Bestimmung nachkommen müssen, die von den ihnen nahestehenden Parteien geschaffen ist, daß Jugendliche zu den politischen Veranstaltungen des Flottenvereins keinen Zutritt haben können.

Aus dem Bericht über die Beziehungen in Danzig geben wir folgende orientierende Mitteilungen wieder:

„Vor der Eröffnung der Verhandlungen ergriff Oberpräsident u. Jäger im Namen der Vertreter der königlichen Staatsregierung das Wort und führte auf: Die Lage des deutschen Flottenvereins ist eine ernste, die königliche Regierung erwartet, der Flottenverein sollte nicht verschwinden, sondern weiter aufgebaut werden. Das Deutsche Flottenverein darf nicht ein Novenitz des Reichsmarines, sondern muß selbstständig sein; es muß das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes

haben; es darf nicht als Organisation der Regierung angesehen werden, sondern als Ausdruck des Willens des deutschen Volkes id. d. der Marineinteressen und der Marinewissenschaft. D. Red. Die Regierung räumt, daß die heutige Hauptversammlung dem Leutnant Flottenverein keinen Nutzen bringen mag.“

Es folgte die Debatte über den Antrag auf Änderungen der Satzung, durch den der Flottenverein als nationalpolitisches Verein erklärt wird. Demgegenüber wurde vom Panzer-Denkmal-Rath befohlen, und zurückliegenden Gründen von der Anerkennung der Satzungen abgleichen und folgende Resolution anzunehmen: Die Hauptversammlung vom 13. Juni 1905 erließ, der Deutsche Flottenverein ist und bleibt ein nationalpolitisches, also patrizialistisches Verein, der über den Eigentümern der Partien und Konfessionen steht und dabei keine Parteidaten treibt. Um das Verhältnis zur Richtigkeit einer harten Rote im Volke zu halten, soll der Flottenverein den König Friedrich Wilhelm II. die Genehmigung des Nationalsozialistischen Aufnahmen, die Wiederaufnahme des Nationalsozialistischen zu haben. Der Deutsche Flottenverein nimmt ja in die Worte im Antrag auf Änderungen des Flottenvereins Rücksicht zu nehmen. Nach tiefster Überzeugung wurde die Resolution mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Es folgte die Wahl des Präsidiums. Vorschlägen wurde auf Vorschlag des gesamten Vorstandes zum Sitz zu Salzgitter. Die Wahl wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung darüber, ob wenigstens zu Salm der Wahl nicht antritt, Reichsgraf Salm-Arenberg als gewählt gelten soll, fand es zu einer kurzen Debatte. Vanzio, Vorsteher, beantragte, die Einzelwahl habe nach auszunehmen. Von 100 Abstimmberechtigten waren 92 für den Antrag, gegen den Antrag 16, der Antrag wurde abgelehnt. Der Abstimmung des Antrags zu Salm-Darmstadt, der Reichsgraf Salm-Arenberg als gewählt gelten soll, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Panzer-Denkmal-Rath votzte bei den anderen amtierenden Mitgliedern des Flottenvereins telegraphisch an, damit es zu einer eventuellen Wiederwahl annehmen würden. Es fanden verneinende Antworten ein, auch vom General Stein aus politischen Gründen. Es schiedt somit aus Stein und Panzer-Denkmal-Rath aus. Beide beantragten ein Telegramm an General Stein abzusetzen, so ihm der Antrag des Vereins abgelehnt wird, um seinen operiven Bereich durch den des Rades im Verein geändert werde. Als abzuhauende Vorsteher wurde Vorstehermeister Weber-Vermuth gewählt.

Als Ort der nächstjährlichen Tagung wurde Künzinge festgelegt. Generalmajor v. Thaer durchlegte die Wahl und bat, Vorspannen zu verzögern, um zu lassen und ausdrücklich zur Reise zu nehmen, daß dies die einzigen Worte seien, die die Bayern am heutigen Tage gesprochen.

Deutsches Reich.

Auf dem preußischen Wahlfeld haben sich in letzter Stunde vor den Abgeordnetenwahlen, die am Dienstag stattfinden, nur wenige Veränderungen vorgenommen. In Berlin haben die Ergebnisse des Wahlergebnisses einige Urtreue herverufen durch die Ankündigung, ein Sieg des Freiherrn im 6. und 7. Wahlkreis werde sich vielleicht noch durch Austrittung konserватiver sozialdemokratischer Wahlmannschaften ermöglichen. Sie legen ihre Hoffnung auf jenes schwache Mandat, das von der Nationalzeitung aufgedrängt wurde, in der Absicht es zu vereiteln. In Berlin XII ist der Termin des 13. abgezogen, ohne daß die Freiheitlichen ihre Kandidaten zugunsten der nationalliberalen zurückgezogen hätten, die nationalliberalen Kandidaten werden also verhindern, den freiheitlichen Prediger Althus zu verdrängen. Es dann die Kreislinien entsprechend den eindringlichen Wünchen der Rade. Allgemeine Zeitung einen Anteil zum „Volksverteiler“ eines zu zwei Drittel sozialdemokratischen Kreises erhält werden, dürfen wir mit olympischer Ruhe abwarten. Auf der anderen Seite ist Herr Kunze als überalter Theologe der konserватiven Ethikologie ein umstößlicher Kandidat. Die Habsburger, die die bürgerlichen Parteien in diesem Kreise bis in die letzten Tage hinein untereinander geführt haben, haben sicherlich die Aussichten der sozialdemokratischen Kandidatur nicht ungünstig beeinflußt.

In Teltow-Großklow ist das bereits mehrfach angekündigte demokratisch-sozialistische Kompromiß zustandegekommen. Die demokratischen (Sozialliberalen) Wahlmänner stimmen mit den sozialdemokratischen (Bermstein und Breitkopf). Ob es auf diese Weise gelingen wird, die Wahlmänner aus den Stichwahlen zu drängen, steht allerdings noch dahin.

Auch außerhalb Berlin XII gibt es im Westen mancherlei Veränderungen. Das Berliner Organ der Deutschkonservativen ist jetzt darauf gekommen, daß die Nationalliberalen die „allerzehnigste Partei“ sind, deren Gemeinde nicht wieder bestreitet wissen“ nicht bloß die ruppige Kampfeswelle der Sozialdemokratie sondern auch die Parteidaten des Freiheitlichen“ übersteigt. Die Kreisvorsteherin Post schwunglich zwar nicht zu ähnlichem Souveränityen auf, findet aber, daß das Zusammensein der Konservativen mit dem Zentrum gegen einen Kreisvorsteher im Kreis Teltow „ein Schlag gegen die Volkswohl“ ist und dazu „Kommentar überflüssig“ ist.

Auch wegen der Abstimmung des Fürsten Württemberg hat eine kleine Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Nationalliberalen entstanden. Diese haben das Wahlbemerknis des Reichskanzlers zu Württemberg und Oldenburg als einen politischen Fehler, eine beschwerliche Sache über liberalen Wahlmännern. Gleichzeitig fordern, kommt diesen kleinen Wahlen spielen nicht zu, sie dienen bloß dem ersten Blatt der preußischen Geschichte, daß den ersten preußischen Sieg der Roten verhindert, als willkommene humoristische Welle.

Das 20jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. wird von einem Teil der bürgerlichen Presse in Artikelchen besprochen, die im allgemeinen von Überschwang frei sind und sich auf dem Niveau der üblichen Kaiser- oder Königsgesetzgebung-Artikel halten, wie man sie in der offiziellen Presse aller monarchisch regierten Länder zur gegebenen Zeit zu finden gewohnt ist. Die Nationalzeitung sann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß in den Beziehungen des Kaisers zum Volke allemal dem Wellenberg auch ein Wellental gejagt ist. Die freisinnervative Post bestreitet sich sogar wenigstens vorläufig auf ein paar statische Notizen, wonach der Deutsche Kaiser dem Alter nach unter den europäischen Monarchen an 26. Stelle zwischen dem König von Schweden und dem Fürsten von Waldeck, der Regierungsdauer nach an 13. Stelle, zwischen dem König Otto I. von Preußen und dem Fürsten Albert I. von Monaco steht. Am ausführlichsten ist natürlich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung; sie hebt hervor, daß Deutschland in den letzten 20 Jahren seinen Krieg in Europa geführt, und daß sich die Bevölkerung von 48 auf 63 Millionen vermehrt hat. In einigen Zeitungen finden sich auch Bewertungen über das Familienerleben Wilhelms II. Das schreibt zu den althergebrachten Gedächtnisfechten, die sich unter preußischen Byzantinen nun einmal nicht abgewöhnen können. Das Familienerleben eines Kaisers geht keinen Menschen etwas an und sollte ebenso wenig Gegenstand öffentlicher Belobigung sein wie öffentlichen Tadels. Auch der Monarch hat das Recht, zu verlangen, daß alle Kritiker, hättten Sie auch die Genialität so schön fertig in der Tasche, draußen bleiben, wenn er die Tür seines Privathauses hinter sich zuschlägt. Am großen ganzen gewinnt man den Eindruck, als ob sich unter dem Trutz der trüben weltpolitischen Lage die burckhardtische Stimmung nicht recht hervorbrachte.

Vielleicht wird das Verlängerte noch am Montag nachgeholt. Die bürgerliche Presse würde dann auch Gelegenheit zur Hervorhebung der Tatsache finden, daß ein deutscher Redakteur wegen einer Majestätsbeleidigung, die keine war, den Jubiläumszug des Deutschen Kaisers im Gefängnis zu Alzenstein mit Revolvern feiert, daß unter General Marschall wegen eines Artikels, der in den Tagen vor und nach einer Verurteilung in der süddeutschen Presse zirkulieren durfte, ohne daß sich deswegen auch nur ein Hauch gerührt hätte, in ostpreußisch Vorderthüringen nicht wie ein Gefangener, sondern wie ein Zuchthäusler behandelt wird. Es wäre für Zeitungsschreiber, welcher Partei sie auch immer angehören würdige, sich um die Behandlung zu kümmern, die einer ihrer Berufskollegen im Gefängnis erlebt, als die Jubiläumsfeier zu beschneideln, die am 15. Juni bei Hofe verehrt werden.

Das kolonisierte Herrertum.

Die Verhandlungen der Deutschen Kolonialgesellschaft in Bremen bewirken von neuem, daß trotz aller wirtschaftlichen oder erzieherischen Absichten des Herrn Dernburg unjene Kolonialpolitik auf die Etablierung des rücksichtslosen Herrermeidiums hinausläuft. Bei der Behandlung des Punktes der Tagesordnung, der die Eingeborenfrage betraf, waren sich alle Redner, selbst die Herren Missionare, darin einig, daß die Eingeborenen nicht als gleichberechtigte Menschen zu betrachten seien.

Anton Bohle empfahl zwar die Erziehung der Eingeborenen zu selbständigen Elementen, die Erziehung der Eingeborenenkultur; aber die folgenden Diskussionsredner waren damit keineswegs einverstanden. Der Reichstagabgeordnete Hening protestierte zwar gegen die Auffassung, daß der Reger an sich foul sei, aber er empfahl doch den bekannten „fausten Druck“ durch Besteuerung, Arbeitszwang usw., um die Eingeborenen den weißen Erbätern gefügig zu machen. Seine Rede gipfelte in dem Wort: „Schwarz bleibt schwarz und Weiß bleibt weiß.“ Die Reger haben die Beherrschten zu bleiben „und wir die Beherrschter.“

Direktor Dr. Hindorf vertrat gleichfalls den Standpunkt, daß die Weißen den Eingeborenen gegenüber ihr Recht entzieht zur Weltung zu bringen hätten. Auch der bekannte nationalliberale Kolonialpolitiker Dr. Baade meinte, daß man dem Reger, sei es auch in milder Form, „den Herrn zeigen müsse“. Herr Baade warnte im Gegenzug zu Dernburg davor, die deutschen Kolonien zu Regerkolonien machen zu wollen, das heißt, vor einer Überhöhung der Eingeborenenkultur. Dr. Supfield, Direktor der Deutschen Tropengesellschaft, erklärte rückwärts: „Wir treiben Kolonialpolitik für uns und nicht für eine fremde Rasse.“ Der Unterstaatssekretär v. Lindequist nahm sich der Auffassung des Herrn Dernburg in nur sehr schwächerlicher Weise an und führte die Vorwürfe gegen den Kolonialsekreter hauptsächlich auf „Missverständnisse“ zurück.

Von den Kriegervereinen. Für die unglaubliche Wahlbeeinflussung, die in den Kriegervereinen und mit ihrer Hilfe getrieben wird, wird ein neuer Beleg geleistet. Ein Mitglied des Kriegervereins Bruchmühlen im Wahlkreis Welle-Oberwesel, daß bei der Landtagswahl keine Stimme für die Wahlmänner des Zentrums kandidaten Amtsgerichtsrat Reinhard Welle abgegeben hatte, erhält laut C. S. Volkspolitik des Kriegervereins folgenden Brief:

Kriegerverein Bruchmühlen.

Bruchmühlen, 8. Juni 1908.

Da mir mitgeteilt worden ist, daß Sie in der diesmaligen Landtagswahl einen Kandidaten gewählt haben, welcher von (sic!) einem Kriegervereinsmitgliede nicht zulässig ist, jumal Sie noch Vorherrschaft haben, nehmen ich an, daß Sie Ihren Auskunft aus unserem Verein lehnen beantragen. Falls Sie daselbe nicht innerhalb acht Tagen gemacht haben, bin ich verpflichtet, Ihnen Namen in unserer Liste streichen zu lassen. — ges. Steinmeier, Präsident.

Nach der Meinung des Herrn Steinmeier und seiner Gefährten genossen dort offenbar ein Kriegervereinsmitglied nur „blutfreundlich“, vielleicht sogar nur sonderweise wählen. Die Kriegervereine sind nichts weiter als ein patriotisches Machtmittel des herrschenden Staates.

Aiel, 14. Juni. Ein mit vier Matrosen von der Torpedobootsdivision belegtes Segelboot wird vermisst. Da Teile des Bootes ange schwemmt wurden, wird vermutet, daß es gesunken und die Insassen ertrunken sind.

kleine politische Nachrichten. Die Kreisregierung von Unterfranken eröffnete ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer und früheren Landtagabgeordneten Bendl wegen seiner Stellungnahme in der Frage der Aufbesserung der Gehälter der Lehrerschaft Bayreuths und wegen seiner Haltung als Redakteur der Freien Bayrischen Schulzeitung. — Der Vorsitzende des französischen parlamentarischen Zollausschusses, Alois, sieht in Rhône eine Anprobe, worin er auf die Möglichkeit hinweist, den Handel mehr und mehr zu schützen. Redner macht keine Verwendung darüber aus, daß befremdete Länder die Politik der offenen Tür für französische Gold annehmen und eine Politik der geschlossenen Tür für die französischen Produkte verfolgen. Der Vorsitzende hat eine Untersuchung mit zahlreichen Industrieleuten betrieben.

Schampagne, welche alle den Wunsch und die Notwendigkeit ausdrückten, daß die Ballade erhöht werden mögen, um ihnen zu gefallen, mit der freien Einsicht zu konkurrieren. — Allerdings wird das am 18. Juni stattfindenden ersten Sitzung der neuen französischen Nationalversammlung entsprechen. Die Opposition ist seit entlassen, das jegliche Cabinet zum Sturz zu bringen. Tatsächlich dürfte denn auch das Cabinet demissionieren. Allerdings wird eine sehr schwere parlamentarische Krise vorbereitet. — Am 11. Mai wird vom 14. Juni beendet: In der verbliebenen Woche werden 25 Ortschaften ausgebürgert, darunter 15 französische. Zugleich erscheinen in der Stadt Flüchtlinge und verlangen vom Gouvernement Schutz. Das russische Konsulat ist angefüllt mit Christen aus ausplünderten oder aus den Armen bedrohten Orten. Ein überfallen einiger hundert Kunden auf die christliche Leidenschaft Arbusca wurde bereitgestellt. Die Telegraphenlinie ist abermals von Kunden zerstört worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahrnehmung.

Wien, 13. Juni. Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe der Budgetsitzung erklärte der Abg. Dr. Hofmann u. Wallenhofer, die Erledigung der Hochschulaffäre müsse den Hochschulen selbst im Einvernehmen mit der Unterrichtsverwaltung vorbehalten bleiben. Die Autonomie der Hochschulen dürfe in keiner Weise eingeschränkt werden. Die deutschfreisinnlichen Abgeordneten seien während der ganzen Angelegenheit immer für die Freiheit der Wissenschaft und Fortschritt nachdrücklich eingetreten und würden dies auch in Zukunft tun, allerdings nicht in dem Sinne, daß der Unterrichtsminister in bezüglich ist. Dr. Mayer bestreit, daß es der christlich-katholischen Partei um einen Kampf gegen die Freiheit der Wissenschaft aber gegen die Autonomie der Hochschulen zu tun sei. Die Regierung prüft eine zweideutige Haltung, welche keine Partei zu großem Vorrecht gegen die Unterrichtsverwaltung verleiße, bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit. Er warnt davor, den Kulturmarsch aufzurollen.

Frankreich.

Herabsetzung des internationales Briefpostos.

Paris, 14. Juni. In einer Versammlung der biederen englischen Handelskammer wurde mitgeteilt, daß in Übereinstimmung mit der französischen Regierung beim englischen Minister der Posten dringende Schritte unternommen worden sind zur Herabsetzung des Briefpostos zwischen Frankreich und England auf 10 Centimes. Man glaubt, daß die Einführung des niedrigeren Postos noch und noch in ganz Europa erfolgen wird.

Gegen das Rauten-Bündnis.

Paris, 14. Juni. Der Nationalrat der vereinigten sozialistischen Partei hat eine Tagesordnung angenommen, die gegen den Vertrag des Präsidenten Galliérares beim Kaiser von Russland in einem Augenblick, wo dessen Regierung die alte Art der Unterdrückung häuft, protestiert. Der Nationalrat lädt alle Verbände und Organisationen ein, sich seinem Protest anzuschließen und dem Beispiel der italienischen Sozialisten zu folgen, die im Jahre 1903 den Vertrag des russischen Kaisers in Italien zu verhindern wünschten.

Belgien.

Brüssel, 14. Juni. (Wolfsches Bureau.) Die Provinzialabgeordneten nahmen einen ruhigen Verlauf. Das Ergebnis, sowohl es bis 9 Uhr abends bekannt war, hat die Lage nicht wesentlich verändert. In Brüssel sind die Liberalen bzw. Radikalisten mit starken Mehrheiten wieder gewählt worden, in einer Vorstadt ein Sozialist.

England.

Demonstration für das Frauenwahlrecht.

London, 13. Juni. (V. L.) Premierminister Asquith hat vor einiger Zeit erklärt, jeder geschlechterliche Schritt hinsichtlich des Frauenwahlrechts müsse die starke und gewaltlose Unterdrückung der Frauen des Landes haben. Wenn Asquith der Demonstration zugunsten von mehr als zehntausend Frauen gesehen hätte, so möchte er sich gesagt haben, daß hinter der Bewegung etwas steht. Alle Lebensalter, alle Stände waren vertreten. Frauen, die an der Schreibmaschine im finsternen Bureau, in der Werkstatt, als Blätterstellerinnen am Krankenbett, im Haushalte ihr Brod verdienten, Künsterinnen und Gelehrte wie Arztinnen, Lehrerinnen, Rechtsgelehrte, ja selbst Theologinnen und Schriftstellerinnen waren im Bilde vertreten. Katholiken und Protestantinnen, die sozialistischen Fabrikarbeiterinnen und konserватiv-unionistisch führende Frauen marschierten hinter den zahlreichen Bannern, die vielfach mit den Namen hervorragender verlorbener englischer Frauen geschmückt waren, auf die Albert Hall los. Sozialistische Militärkorps begleiteten die Prozession, in der alle großen Städte des britischen Imperiums und namentlich auch Oxford und Cambridge vertreten waren. Vielfach wurde die Marschloafe gespielt; es ist seltsam wie diese sich die englische Bevölkerung erobert hat. Überall wurde sie von dieser mitgezogen. Am meisten begeistert wurden die Arztinnen, die Krankenpflegerinnen und die ungähnlichen fest und frisch dreiblättrigen Studentinnen in ihrem Kleidchen flaggen den schwarzen Männchen. Der Zug gelangte ohne Unfall in die Albert Hall, wo neben im Interesse des Stimmrechts mit grossem Jubel aufgenommen wurden.

Marokko.

London, 14. Juni. Der Standort versichert, daß das englisch-atlantische Geschwader, welches aus 6 Panzerkreuzern und 6 Kreuzern zusammengesetzt ist, sich in einem äußerst unbeständigen Aufenthalt befindet. Von 6 Panzerkreuzern befinden sich 5 in Reserve und von den Kreuzern sind 3 im Trockendock. Das Blatt wirft die letzte Wirtschafts der Admiraltät vor und verlangt eine parlamentarische Untersuchung der Angelegenheit.

Australien.

Berlitzburg, 14. Juni. Es verlautet, daß bis zum Ostholzküstenführer Guizkow in seiner Bumarede erwähnten Großfürsten, die verantwortliche militärische Polizei bekleiden, Entlassungsgesetz eingebracht haben.

Wien, 14. Juni. In der Reichsstraße wurde der Schiffsleiter des Polizeiabteilungs von unbekanntem erschossen. Die Täter entkamen.

Ein neues Kreditprojekt ohne die Duma.

Aus St. Petersburg wird geschrieben: Der Finanzminister hat vor einigen Tagen dem Ministerrat eine Tagesordnung unterbreitet, in der er es für absolut notwendig erklärt, sofort eine Anleihe von 200 Millionen Rubel abzuschließen.

Die Gründe, die er für die Anleihe überhaupt und für die von ihm empfohlene Höhe insbesondere geltend macht, sind folgende: 1. Die Anleihe sei noch vor Erledigung des Budgets durch die Duma durchzuführen. Obwohl sich die Regierungsbefehl in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Mai um 76,4 Millionen Rubel vermindert. Unmittelbar nach Beendigung des Staatswerden gaben die verbliebenen Nachorte an den Staatsbank große Geldforderungen richten, die ohne Vorsorge für außerordentliche Zuschüsse überhaupt nicht zu bedenken sein werden. Wollte man mit der Aufnahme der Anleihe bis zur Erledigung des Budgets warten, so würde man den günstigsten Zeitpunkt verpassen. Denn eine solche innere Anleihe sollte nicht vorzeitige Bedingungen gewähren, sondern auch nicht durch zu knappe Zeit beschränkt sein. Außerdem würden sich die Chancen für die Ausführung einer solchen Anleihe am Schlus des Jahres vermindern, da gerade dann ein Teil der sogenannten „Büttete“ des Staatshauses auf Wunsch von deren Inhabern eingezogen zu werden bege — durch die Duma und den Reichsrat — geworden waren, sondern nach §. 118 der Verfassung, wonach die Duma und die Abgeordneten für die Aufnahme von Staatsanleihen gleichzeitig einstimmen müssen", erfolgen.

Kein Wunder, daß der Mann, der öffentlich Gott dankt, daß es in Rußland kein Parlament gebe, sofern die Duma umgegangen werden soll, auch die Abgeordneten für die Aufnahme von Staatsanleihen gleichzeitig einstimmen müssen", erfolgen.

Zum Wunder, daß der Mann, der öffentlich Gott dankt, daß es in Rußland kein Parlament gebe, sofern die Duma umgegangen werden soll, auch die Abgeordneten für die Aufnahme von Staatsanleihen gleichzeitig einstimmen müssen", erfolgen.

Die Meistertat im russischen Reichstage.

Zur Petersburg schreibt man der Russischen Revolution,

daß als die anderen Institute sind bekanntlich bis zum August des Revolutionsjahrs befreit waren, die Studierende mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Zeigt aber, gerade jetzt, da die russischen Hochschulen bei so großer Ruhe und eines auffallenden Vermessens wieder ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, aber gleichzeitig ausgeschlossen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen widergespiegelt, sollte innerhalb der Hochschulen die großartige Betätigungsstätte erhalten. Die Autonomie sollte eine Tendenz der studentischen Bewegung auf sichere Seite stellen, so dass der Russische Staat gelang es nicht.

Der einzige Punkt dieser Maßregel geht eben dahin, daß zu

den Studierenden nach Möglichkeit einzuschließen. So werden die Hochschulen, die Studierende verlassen, da sie mit dem Aufnahmen nicht einig sind, ausgetreten, mit den „Freiheiten“ des Jahres 1905 begnadet werden, die studierende Jugend, die am leidenschaftlichen Begegnungen

Auf zum Parteitest nach Pirna lautet für alle Genossen des 8. Kreises am Sonntag den 21. Juni **die Parole!**
Das Fest wird abgehalten anlässlich des 20jähr. Bestehens der politischen Organisation im 8. Kreis und findet im Volkshaus statt. — Zeichen bei sämtl. Vertragslinien.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Dresden.

Dienstag den 16. Juni 1908, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Trianon, Schützenplatz und Ostra-Allee.

Tages-Ordnung:

Bericht der Delegierten vom Verbandstage. — Gewerkschaftliches.
Rufen! Sorgt in allen Territorien für demonstrativen Besuch dieser Versammlung. — Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle vorzulegen.

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Einzelmitgliedschaft Dresden u. Umg.

Bezirks-Mitgliederversammlungen

finden statt

Mittwoch den 17. Juni, abends 8¹/₂ Uhr, im Restaurant Sächsischer Wolf, Deuben
Donnerstag den 18. Juni, abends 8¹/₂ Uhr, im Restaurant Musenhalle, Löbtau, Resselsdorfer Straße 17.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Das Reichs-Vereinsgesetz und die Umgestaltung der Einzelmitgliedschaft Dresden in eine Verwaltungsstelle. — 2. Gewerkschaftliches. — Debatte.

Der Eintritt in die Versammlungen ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, in diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen!

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagwahlkreis.

Partei-Ortsverein: Elbhain, Ritterstr. 10. Bureauamt: Waisenamt von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Montags bis 7 Uhr abends.

Gruppe Löbtau.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die nächste Versammlung Dienstag den 23. Juni 1908 stattfindet. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Die Verwaltung.

Gruppe Cotta.

Dienstag den 16. Juni, abends 9 Uhr, im Bahnhof zu den Linden, Borsigstraße: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung und von der Kreistagerversammlung. 2. Statutenberatung. 3. Neu- bzw. Wiederwahl der Kreisvorsitzung. 4. Vereinsangelegenheiten. — Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erucht. Die Verwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsearbeiter.

Montag den 22. Juni 1908, abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Ritterbergstraße.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung von der Hauptsitzung in Leipzig.
2. Stellungnahme zum Verbandsfest und Wahl der Delegierten.
3. Gewerkschaftliches. — Debatte.

Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen! Wer länger als 13 Wochen mit den Beiträgen rechnet, kann nicht mit wählen. Die Verwaltung.

Königl. Grosser Garten.

Frankes Etablissement

(früher Martin).

Bei günstiger Witterung: Dienstag den 16. Juni

Ruüberord. großes Militär-Konzert

Aufführung des Großen Schlachtenpotpourri unter Mitwirkung eines Spielmannsorchesters. Artillerie- und Pfeiferkorps, Illumination des Etablissements.

Aufzetteln: **Große Gesangsaufführung** des Gesangvereins **Phönix** mit eigenem feingearbeiteten Programm.

Um zahlreichen Besuch bitten,zeichnete

Hochachtungsvoll **Ferd. Franke.**

Soz. Verein Dresden-Altst.

Heute abend Punkt 9 Uhr

Borstandssitzung im Volkshaus.

Wilschdorf-Rähnitz

Dienstag den 16. Juni

Zahl-Abend

in der

Hoffnung in Rähnitz.

Wachtschenke

Pieckstrasse, Reichsbergsstraße 57

am Pieckener Friedhof.

Dortigen:

Grosses Schlachtfest

Louis Schultze u. Frau.

Fisch-Götz, Vogelwiese.

Vogelwiese 1908!

Wersich Konzerthalle

Zum Strohdeckel.

Reichshallen

Palmsstr. 13, 1 Minute vom Postplatz.

Seife:

Feines Kabarett!!

Im großen Saale:

Feiner Ball à la Paris.

Billigte Tanzgelegenheit.

Anfang 8 Uhr Ernst Binder.

Der Unternehmens empfiehlt sich

für Aufführung aller Volks- u. u.

Decorationsarbeiten.

Oskar Haig, Leipziger u. Döbelner

Radeberg, Neue Str. 12.

Bürger-Schänke

Palmstrasse I eine Minute vom Postplatz

Grösstes und schönstes Bier- und Speiselokal Dresdens.

Musenhalle Löbtau

Dienstag den 16. Juni 1908, bei günstiger Witterung

Wagner- u. Strauß-Abend

ausgeführt von der gesamten Kapelle des Regiments Nr. 177. Direktion: Herr Rgl. Musikdirektor Wagner. Eintritt 10 Pf. — Beginn abends 8 Uhr. — Sorgfältig gewähltes Programm.

Um zahlreichen Besuch bitten Ernest Valten u. Frau.

Pariser Garten

Große Meißner Straße 13.

Instrumentalkonzert

Schöner Garten der Neustadt.

Anlässlich unseres 10-jährigen Geschäftsjubiläums legen wir hierdurch allen werten Gästen, Freunden und Bekannten für die ebenso überragenden wie unzureichenden Geschenke sowie für andere Ausmerkmale unseres

herzlichsten Dank.

Wir bitten zugleich, das uns bisher bewiesene Wehlwollen auch fernerhin bewahren zu wollen.

Dresden, 12. Juni 1908. Eugen Schurig nebst Frau

4. Wahlkreis. Bezirk 6 Dresden-H.

Gestern, Sonntag vormittag, verschickte noch lange, ohne Leidens unter liebes Mitglied, der Gastvort

Max Lorenz.

Wie werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Beerdigung findet Mittwoch den 17. Juni, nachmittag 5 Uhr, von der Halle des St. Pauli-Friedhofes aus statt.

Um zahlreiches Geleit bitten Der Vorstand.

Marie Heydrich

geb. Schmidtgen

im Alter von 28 Jahren. Dies zeigt schwererfüllt am Dresden-Wölfnitz, den 15. Juni 1908.

Der tiefsauernde Gatte steht Kind, Eltern u. Geschwister.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 2, Uhr von Trauerhalle Wölfnitz, Rießdorfer Straße 109, auf dem Gorbitzer Friedhof statt.

Zaggen, den 12. Juni 1908.

Otto Krause u. Frau geb. Clem.

Nachdem wir unseren unvergesslichen, herzensguten Mann, den

Schmager, Schwieger- und Großvater, den Mauer und heutige

Karl Ernst Klemm

zur ewigen Ruhe gebettet haben, sprechen wir hierdurch allen denen, die uns tröstend zur Seite standen und unserem lieben Gefallenen durch prachtvolles Blumenstück die letzte Ehre erweisten, zuletzt herzlichen und tiefsauernden Dank aus. Seinerzeit Dan Schmager für die trostlichen Worte am Grabe sowie den Generalverband der Männer für die rege Anteilnahme.

Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Mahn jenseit in die Ewigkeit nach.

Dresden-Reudnitz, den 13. Juni 1908.

Die tiefsauernden Hinterbliebenen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Robert Gräppl, Dresden.

Berantwortlich für den literarischen Teil:

Reinhild Eichler, Dresden.

Druck und Verlag: Raben & Kompe, Dresden.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Dresden-Cotta zur gefälligen Kenntnis, daß wir die

Bäckerei

vom Herrn Palitsch, Lübecker Straße 77, läufig übernommen haben.

Es wird unser Brot sein, die uns beeindruckende Kunst mit

guter und schmackhafter Ware zu beliefern.

Um gütigen Aufdruck bitten Otto Schuppenbauer u. Frau.

Niederlagen

für gutes billiges Landbrot

werden in Dresden u. Vororten gekauft.

Abreiten bitten unter A. Z. in der

Eigentum des Blattes niedergeschrieben.

Offenen geben dann zu.

Kerren - Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge

kauf man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13.

Güte, Klagen, Hellamazone,

Grill Zimmermann, Torgaustr. 30.

Stadt-Chronik.

Rechte und Pflichten der Krankenkassenmitglieder.

Der Dekorationsmaler E. erkrankte Anfang Januar 1908 und bezog als Mitglied der bessigen Gesundheitskasse bis zum 22. Januar die statutenmäßigen Kassenleistungen. Am leitgenannten Tage wurde ihm — angeblich grundlos — der Krankenschein entzogen und seine Einweisung ins Krankenhaus verfügt. Da er der Anordnung der Kasse keine Folge leistete, wurde die Krankenunterstützung eingestellt. E. ging darauf auf dem Klageewege gegen die Kasse vor und machte geltend, daß er der mehrfachen Aufrüttung des Kassenarztes Dr. Sandkuhl, sich noch von einem Vertrauenarzt der Kasse untersuchen zu lassen, nicht habe nachkommen können, weil er so schwer krank gewesen sei, daß er nicht das Haus habe verlassen können. Die Einweisung ins Krankenhaus durch die Kasse sei aber ungerechtfertigt gewesen, weil nicht eine dementsprechende ärztliche Anordnung vorgelegen habe. Demgegen entstehen die Kasse, das Gebaren des Klägers sei wohl geeignet gewesen, Misstrauen zu erregen. Dr. Sandkuhl habe ihn schon vom 22. Januar ab wieder für erwerbsfähig gehalten, und nur, um dem Mann nicht unrecht zu tun, eine Nachuntersuchung durch den Vertrauenarzt angeraten. Tatsächlich sei — Kläger bestreitet dies auch nicht — E. am 24. Januar ausgegangen, nur zum Vertrauenarzt hätte er sich nicht begeben können. Kläger habe sich der Nachuntersuchung nur deshalb entzogen, weil er befürchtete, der Vertrauenarzt würde seine Erwerbsfähigkeit bestätigen. Der Fall zeige, wie notwendig die Feststellung sei, daß bei Zweifeln über die Erwerbsfähigkeit die Einweisung ins Krankenhaus verfügt werden kann. Nachdem bereits der Stadtrat als Kürsichtbehörde E. mit seiner Beschwerde abgewiesen hatte, hat die Kreishauptmannschaft Dresden ebenfalls auf festenpflichtige Abweisung der Kasse erkannt mit dem Bemerkung, es liege kein Anlaß vor, die Entscheidung des Stadtrats zu beindringeln, ebenso wenig, wie es nicht erforderlich sei, daß die Einweisung ins Krankenhaus nur auf ärztliche Anordnung erfolgen dürfe.

Über Reform des Straßenbahntarifs

erhalten wir vom Bezirks- und Bürgerverein Dresden-Cotta folgende Zuschrift: Nachdem seitens der Rates zu Dresden durch Herrn Bürgermeister Dr. Kreysdauer die Vorlage wegen der städtischen Straßenbahn erlaubt ist, ist es an der Zeit, daß die Bevölkerung Dresdens sich äußert, ob sie mit den gemachten Vorschlägen einverstanden ist. Die Wünsche, die von dem Bezirksverein Dresden-Cotta und dem Allgemeinen Hauseigener-Verein Dresden-Cotta als die berufensten Vertreter der Einwohnerchaft Cottas geltend gemacht worden sind, sind in der erlaubten Vorlage nicht berücksichtigt. Man hat das von den beiden Vereinen erbetene Projekt überhaupt nicht erwähnt. Nach Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Dr. Kreysdauer soll vielmehr ein Abzweig von der Stießendorfer Straße durch die Kronprinzen- und Lüderitzstraße bis nach Altkotta geschaffen werden. Damit wäre das seinerzeit bei der Unterleibung gemachte Zugeständnis, eine Straßenbahnverbindung in das Innere der Vorstadt zu schaffen, erfüllt, die Vorstadt Cotta aber würde eine Straßenbahnlinie erhalten, die dem Vorort nicht nur nicht viel nützen, sondern auch die Entwicklung Cottas direkt hemmen würde. Die Linie würde nur an der Grenze der Vorstadt hingeführt werden, das Schanzenviertel würde wohl eine Straßenbahnverbindung erhalten, aber der Ortsteil an der Grillparzerstraße und das gesamte Weidentalviertel würde auf Jahrzehnte hinaus auf eine Straßenbahnverbindung verzichten müssen. — Als seinerzeit das Projekt von der Hamburger Straße durch die Lüderitz Straße nach der Stießendorfer Straße aufstand, schlossen sich die beiden oben genannten Vereine zusammen und hielten eine Protestsversammlung im Schnuerhaus ab. In dieser von circa 300 Personen besuchten Versammlung hörte man gegen drei Stimmen folgende Resolution: „Die heutige Versammlung Cottaaer Einwohner, einberufen von dem Allgemeinen Grundbesitzerverein und dem Bezirks- und Bürgerverein der Vorstadt, als den beiden Vereinen, die die berechtigten Interessen der genannten Bevölkerungshälfte in rein objektiver Weise, frei von Einseitigkeit und Sonderberechnungen, zu vertragen haben, erklärt in Übereinstimmung mit den von beiden Vereinen an die städtischen Behörden erlassenen Petitionen folgendes:“

1. 230 Projekt einer Straßenbahn von der Hamburger Straße—Flügelweg—Kleestraße—Lüderer Straße und Kronprinzenstraße nach der Hesselstorfer Straße vermag den Interessen der Vorstadt nicht zu dienen und die Ausführung derselben würde die Entwicklung der Vorstadt nur hemmen, da damit die Verwirklichung bestreiter Projekte unterbunden würde. 2. Unter den gegebenen Verhältnissen erscheint das Projekt einer Straßenbahn von der Hamburger Straße—Flügelweg—Grillparzer—Steinbacher—Pennricher und Kronprinzenstraße nach der Hesselstorfer Straße als das beste und im allseitigen Interesse der Vorstadt gebotene; denn diese Linie würde nicht nur das Schanzenviertel durchschneiden und in die Nähe des Weidentalgebietes und des Cottaer Friedhofs führen, sondern den Verkehr auch in das Innere der Vorstadt leiten.“ — Die Nachteile des Etatsprojektes sowie die Vorteile unseres Vorschlags sind dem Rat zu Dresden in einer ausführlichen Petition unterbreitet worden, und ist es zu verwundern, daß man seitens des Rates an einem Projekt festhält, daß von der Einwohnerchaft als ungenügend bezeichnet wird. Kein Bewohner der innigen Vorstadt wird, um nach dem Stadtinneren zu gelangen, einen so großen Umweg über Lößnau machen. Wenn aber, wie von uns gewünscht, auch eine Linie von der Hamburger Straße in das Innere des Vorortes hineingeführt wird, vielleicht bis zur alten Schule oder bis an die Grillparzerstraße, dann mag auch der Rat sein Projekt zur Ausführung bringen. Wir müssen aber daran festhalten, daß wir eine direkte Verbindung durch den Flügelweg nach der Hamburger Straße erhalten. Wenn auch das von uns gewünschte Projekt jetzt nicht voll zur Ausführung kommen wird, so dürfen wir doch hoffen, daß der Rat zu Dresden eine Zweiglinie von der Hesselstorfer Straße durch die Kronprinzenstraße—Pennricher Straße bis zur Hochstadtstraße und einen Abzweig von der Hamburger Straße—Flügelweg—Zionbergstraße bis zur Grillparzerstraße schaffen wird. Später ist dann immer noch Gelegenheit geboten, die eine oder die andere Linie je nach Bedarf zu verlängern.

Seadtsliches für Meisen

Täglich kann man in den Tagesblättern lesen, daß bei Eisenbahnunfällen und dergleichen die Persönlichkeit eines tödlich verunglückten oder schwer verletzten Reisenden noch nicht habe festgestellt werden können, weil Legitimationspapiere nicht vorhanden seien. Das gibt immer wieder Veranlassung, auf die Notwendigkeit einen Ausweis bei sich zu führen, hinzuweisen. Ohne einen solchen sollte niemand auf die Reise gehen. Schwierigkeiten bietet die Mitnahme irgend eines Ausweises nicht, denn jedermann ist wohl im Besitz eines Geburts- oder Einwohnerzeichens und dergleichen. Mit solchen kommt man schon weit in Deutschland, der Schweiz, Italien, Schweden und Dänemark, wenngleich für diese Länder eine handliche Päpsterie empfehlenswerter ist. Neuerdings sieht auch die Postbehörde Legitimationen aus. Manche Länder stellen jedoch Anforderung auf einen Pass, einzelne sogar auf einen Pass mit Visum. Wer geneigt ist, die Türkei, Spanien und Portugal, Rumänien und Russland zu bereisen, sichere sich Pass mit Visum. Rumänien hat wenigstens die Erleichterung getroffen, daß der Eintritt in daß Land ohne Visum eines Passes solchen Ausländern gestattet ist, die aus einer Ortschaft kommen, in der

ein rumänischer Konsul oder diplomatischer Vertreter sich nicht befindet. Bulgarien und Serbien begnügen sich mit einem Paß und sehen von einem Viszualwang ab. — Außerdem ist darauf außerordentlich gemacht, daß es beim Reisen unbedingt erforderlich ist, ein jedes Gepäckstück mit dem Namen des Besitzers und dem Bestimmungsort zu versehen, denn dadurch, daß man die Adressierung unterläßt, können die größten Unannehmlichkeiten entstehen. Nicht allzu selten geschieht es ja, daß von dem Bahnpersonal, das die Gepäckstücke abfertigt, ein falscher Bestimmungsort aufgeklebt wird. Dann wandert das Gepäck vielleicht nach dem Süden, statt nach dem Norden und es können Tage, ja Wochen vergehen, bis das Gepäck wieder in den Händen seines Besitzers ist. Wer sich solchen Unannehmlichkeiten nicht aussehen will, der verleihe ein jedes Gepäckstück mit seiner genauen Adresse und dem Bestimmungsorte und wenn er besonders vorsichtig sein will, so bringe er den Namen und Bestimmungsort auch noch im Innern des Gepäckstückes an. Eine gleiche Vorsicht ist beim Handgepäck vonnöten, denn wie oft wird nicht das eine oder das andere kleine Gepäckstück im Waggons vergessen. Trägt dasselbe Namen und Bestimmungsort, dann ist seine Wiedererlangung eine sehr leichte, andernfalls aber eine sehr komplizierte.

Dreiadjen Selbstmordversuch

unternahm im Hause Ferdinandstraße 14 die Porzellanmalerei-
ehefrau Hofmann. Die Lebensmüde brachte sich mehrere Stiche
in die Brust bei, bearbeitete ihren Kopf mit einem Hammer und
hing sich schließlich an der Klinke der Kammertür auf. Noch
lebend, aber schwer verletzt und in bewusstlosem Zustande wurde
die 30 Jahre alte Frau, Mutter von drei kleinen Kindern, durch
die Wohlfahrtspolizei nach dem Stadtkrankenhaus Friedrichstadt
gebracht.

Alpen-Sonderzüge

mit ermäßigten Fahrpreisen verkehrten wie folgt: 1. nach **Lindau** am 14. Juli, 17. Juli und 14. August ab **Dresden Hauptbahnhof** nachmittags 3,45, in **Lindau** 7,58 früh; Anschluß an die Bodenseedampfer. Eine weitere Sonderzugsverbindung ergibt sich insofern, als Reisende von **Görlitz, Löbau, Bautzen, Dresden, Freiberg, Chemnitz, Glauchau und Zwönitz** nach **Lindau** oder **Oberstdorf** oder **Pfronten-Ried** mit Fahrkarten zum Sonderzug am 4. Juli (siehe nachstehend unter 2a) über **Regensburg-München** und von **München** am 5. Juli mit allen in der Richtung nach **Lindau** verkehrenden fahrplanmäßigen Zügen befördert werden. 2. Nach **München, Salzburg und Kufstein**; a) ab **Görlitz** und **Dresden** am 4. Juli, ab **Görlitz** 4,10 nachmittags, ab **Dresden Hauptbahnhof** 6,45, in **München** 7 früh, in **Salzburg** 10,20, in **Rußstein** 9,20; b) ab **Chemnitz** am 14. Juli, 18. Juli und 14. August abends 8,15, in **München** 6,15 früh, ab **München** 7,20 früh, im übrigen wie unter a bemerkt; c) ab **Dresden** am 14. Juli, 18. Juli und 14. August abends 6,10, in **München** 6,25 früh, ab **München** 7,20 früh, in **Salzburg** 10,20, in **Rußstein** 9,20. 3. Nach **Friedrichshafen** und **Stuttgart** von **Dresden** am 17. Juli 6,45 abends, in **Friedrichshafen** 10,28 früh, in **Stuttgart** 8,40 früh. Sämtliche Züge führen 2. und 3. Klasse. Die Weiterfahrt ab **München** nach anderen als obenerwähnten Stationen kann mit beliebigen fahrplanmäßigen Zügen oder Anschlußsonderzügen fortgesetzt werden. Die Fahrkarten gelten für Hin- und Rückfahrt innerhalb zweier Monate. Die ermäßigten Fahrpreise sowie alle sonstigen Einzelheiten enthält eine Sonderzugsübersicht, die an den Fahrkartenausgabens und bei den Ausgabestellen für Fahrscheinleiste unentgeltlich abgegeben wird. Der Fahrkartenserverkauf beginnt: am 29. Juni zum Zug am 4. Juli, am 8. Juli zu den Zügen am 14. Juli, am 13. Juli zu den Zügen am 17. und 18. Juli, am 8. August zu den Zügen am 14. August, und wird für jeden Tag am Tage vor der Abfahrt nachmittags 2 Uhr endgültig geschlossen. Fahrkarten können auch brieflich unter Einsendung des Bezauges bestellt werden. Reisegepäck wird durchgehend abgefertigt.

— **Sonderzug in das Erzgebirge.** Die Staatseisenbahnverwaltung wird Sonntag den 21. Juni eine günstige Gelegenheit zu einem Ausfluge in das Ibachautal und das obere Erzgebirge durch Abfertigung eines Sonderzuges zu ermäßigten Preisen von Dresden Hauptbahnhof nach Oberwiesenthal und Weipert bieten. Der Sonderzug wird am genannten Tage fröhlich 5 Uhr von Dresden Hauptbahnhof abgehen und 10.32 in Oberwiesenthal ankommen. Die Rückfahrt des Sonderzuges erfolgt am Abend desselben Tages 6.53 von Oberwiesenthal, die Ankunft in Dresden Hauptbahnhof 12.14 nachts. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 18. Juni und wird Sonnabend den 20. Juni, abends 9 Uhr, geschlossen.

— Die Krise macht sich auch in der Binnenschiffahrt bemerkbar. Die Betriebseinschränkung der Elbeschiffahrtsgesellschaften hat einen ziemlichen Umfang angenommen. Es sind in den letzten Tagen nicht weniger als 120 Mann abgelehnt und entlassen worden. Wie man uns mitteilt, ist auf dem Oberlaufe, namentlich bei Tetschen-Bodenbach, sehr viel leerer Raum vorhanden, doch beginnt die Busfahrt von Gütern zu stocken. Die Verhältnisse und das große Angebot des Raumes sind nicht ohne Einfluss auf die Preise der Frachten geblieben.

mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen werden werden wird, hat sich ein hiesiger Hotelier geleistet. Der Besitzer des alsbekannten Hotels Stadt Petersburg am Neumarkt, der Hotelier Espenrein, hat, nachdem daß genannte Hotel vor kurzem zur Substation gekommen ist, Dresden mit Hinterlassung vieler Schulden verlassen. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt. Zahlreiche Gläubiger haben das Nachsehen. Die Verbindlichkeiten des „Abgereisten“ werden auf 50 000 M. geschätzt.

Eine stilvolle und freundliche Insel mitten im lauten, vögenden Treiben der Großstadt gleich, liegt die Dresdner Leichalle, Waisenhausstraße 9. Hier findet man in behaglichen und bequemen Räumen Ruhe und Muße, die bedeutendsten und besten Zeitungen und Zeitschriften zu lesen und sich aus den vortrefflichsten Werken der Wissenschaft, Technik und Literatur Belehrung zu holen oder edle Unterhaltung zu schaffen. Allen Bedürfnissen und Wünschen eines modernen Großstadtmenschen ist hier auf das präziseste und feinste Rechnung getragen. Der Eintritt in die stilvolle und behagliche Volksleichalle des Erdgeschosses ist für jedermann vollständig frei, für den Besuch des ersten Stockwerkes wird eine geringe Eintrittsgebühr erheben.

Wise Men

Aus der Umgebung.
Leuben. Gemeinderatsitzung. Das Kollegium nimmt Kenntnis von der Vollziehung einer Petition des Gemeindevorstandes zu Streichen wesen. Eröffnung einer weiteren Zahlungsschulden für

Verlegung eines solchen im Bahnhofe Niederleditz, der hinauswährend nachträglich beschließt; von einem Gefüche des Bauaufbaus, der Vergebung von Druckarbeiten nur tarifreine Minuten zu branden, daß man auf sich beruhen zu lassen beidächst; von einem zulässigen Gefüche des Centralverbandes Deutscher Baugutberbeiter in Dresden, Bauarbeiten an möglichst im Drie steuerzahrende Bauten zu bewilligen, aber auch die Minimalabgabe des neuen Wohn- und Betriebsgebäudes zu vergeben, auf das man nicht mehr eingehen vermag, da hierorts im Sinne des Antritts bisher gebotet wird sei. — Der Gemeindevorstand zu Dobritz hatte ein Gefüche in den Gemeindevorstand der Dresdner Vorortsbahn gerichtet, einer Bemühung die Staatsschreitung wegen Erbauung einer elektrischen Linie Dresden — Pirna beizutreten. Nachdem der Gemeindevorstand seinerseits vorläufig ein Interesse zur Unterhaltung dieser Linie zu finden konnte, aber erkannt hatte, daß die Erbauung der gleichen Linie für die Verbandsgemeinde Leuben von wechselndem Interesse verwies er diese zur eigenen Entscheidung an den höchsten Gemeinderat. Dieser erklärte nach allgemeiner Ausprache, der Präsident habe zu zulächlichen, zumal die hiesige Gemeinde schon seit einer Reihe von Jahren sich mit demselben Projekte, daß bereits von der kleinen Altengesellschaft vorne, O. L. Kummer & Co. zur Ausführung gebracht werden sollte, beschäftigt hat. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Februar 1908 ist vom Vorsitzenden ein neuer Entwurf in das Ortsgeley, die Gewährung von Reitkosten und Tagesschemen, aufgestellt worden. Derelke hat bereits die vereinigten planten Ausführungen beschäftigt. Nach eingehender Durchberatung kann aus dem Entwurfe allenfalls bei und beschließt, ihn bei der Kreisbehörde einzureichen. In der anständigenden geheimen Sitzung der außer verschiedenen Steuereinschätzungen, Steuererlösen, Straf- und Abenzinsen u. a. folgender Punkt Gliederung: Infolge der anhaltenden Zentierung und mit Rücksicht darauf, daß die beständige Gehaltsstaffel für die Gemeindebeamten diesen Verhältnissen nicht entspricht, hat der Gemeinderat bereits bei Auflösung des Haushaltplanes für das Jahr 1908 in Anregung gebracht, daß eine Neuerung der Gehaltsstaffel für die Beamten vorgenommen werden solle. Die vereinigten zuständigen Ausdrücke haben sich nun der Ausarbeitung eines solchen Entwurfs befaßt, der der Hebung der mindestens Lage der Gemeindebeamten Rechnung tragen soll. Derelke liegt nun mehr vervielfältigt vor. Daß Kollegium unterzieht ihn einer normalen eingehenden Prüfung und heißt die neue Auflösung nach Ausführungsbestimmungen, nach denen die Beamten wechselseitig Gehaltsaufbesserungen erhalten, allenfalls gut.

Bannewitz. Ein Kindesleichenam wurde beim Hennahen in der Nähe des nach Röthnitz führenden sogenannten Bettelgrabenweges gefunden. Allem Anschein nach hat der Leichenam des offenbar unborenen Kindes an der Fundstelle schon einige Tage gelegen. Er war in braunes Papier eingewickelt und wurde polizeilich beschlagnahmt.

Niederlößnitz. Zum Selbstmord des Schulmädchen Karoline Weidtropf wird berichtet, daß die Kleine nach der am 9. Januar folgten Vergung ihres Leichnams beerdigt worden ist. Durch die ärztliche Untersuchung ist festgestellt worden, daß ein Sittlichkeitsverbrechen an dem Munde begangen worden ist, deshalb wurde in Frage kommende Mann namens Große abermals in Untersuchungshaft genommen.

Antwort. Zu unserer Röntg im Nr. 129 sendet uns der hofstädter Weidert folgende Zuschrift: Es ist nicht der Zarist interessant, daß ich mit meinen Musikern des österreichen, und selben der Organisation angehören. Weiter habe ich mich auf es zu sprechen, daß die Kommission der Musiker während meiner Thätigkeit abgegeben hat, daß sie 2 Tage später wiederkommen wolle, lassen, sonst hätte ich dem Schreiben des Gewerkschaftsrathes Rechnung getragen, jedoch erhielten die Kommission nicht wieder. Es ist nicht richtig, daß die Vereine in gutem Einvernehmen mit den Musikern gewesen seien, sondern die gauigen Differenzen sind durch die Vereine ausgetragen.

Rötzig. Als die Mutter eines hier angeschwommenen Kindes wurde die in Köthenschenbroda wohnende ledige Fabrikantin Ida Anna Zahn von der Gendarmerie aufzündig gemacht. Es stand, heimlich geboren und das lebende Kind in Köthenschenbroda in Elbtrom geworfen zu haben. Sie wurde am Freitag der zwanzigsten Februar in Dresden überwiesen.

Sammelabend für Die
nde 9 Uhr Mittwochabend

Gruppe Görlitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Hotel zu den Linden.
Gruppe Rauschig. Abends 9 Uhr Jahrest-Veranstaltung in der Sitzung Deutscher Metallarbeiter-Verband. Abends 8½ Uhr Bezirkss-Verein-Veranstaltung in Vogels Etablissement und in der Deutschen Reichsbank.
Arbeiterinnen-Veranstaltung. Abends 9 Uhr im Reichtor Hof.
Papierbranche. Abends 9 Uhr Versammlung im Geschäftshaus von Gutfeld.
Deuben und Umgegend. Abends 9 Uhr Volkss-Veranstaltung in Sächsischen Woli, Deuben.
Gewerkschaftskartell Blauenthaler Grund und Umgegend. Abends 8½ Uhr Vereins-Veranstaltung in der Noten Schenke.

Gerichtszeitung

G a n d g e r i c h t.
Wegen versuchter Erpressung hatte sich der Kaufmann Adl. Brödner in Gossebaude zu verantworten. Es war vom 1. Juli 1906 bis 14. Mai 1907 bei der Firma Windischbald und Langlotz Betriebsleiter und Prokurist gegen ein Jahresgehalt von 4000 M. und mehrern diefe Stellung durch irgend eines Vertrag verbrieft haben. Bi- t dieß dem Chef der Firma am 1. April in dessen Privatfeste er- teilte, gab ihm dieser ganz unverhohlen Unzufriedenheit mit den Leistungen zu erkennen. Am selben Tage vertrat der Chef und fand erst am 14. Mai zurück. An diesem Tage, bis zu dem er, nutz ge- arbeitet hatte, ließ er seinem Chef einen Brief überreichen, in dessen Inhalt der Tatbestand der Erpressung gefunden wurde. In dem Brief wurde unter anderem auch dem Jungen Langlotz Betriebsleiter Staats- und Gemeindebeamten vorgeworfen. In der Beweisaufnahme erfuhr der Angeklagte darzutun, daß es ihm nicht um Gehaltsabzug sondern hauptsächlich um ein festes Vertragsschäden zu tun ge- gebe, damit er sich unwürdiger Behandlung seitens Langlotz erweise könne. Nachdem der Staatsanwalt für Verurteilung wegen Erst- deuteidiger und Angeklagter für Freispruch plädiert haben, ein Brödner zu sechs Wochen Gefängnis wegen verjudeter Erpressung verurteilt.

Schöffengericht

Heiratslustig waren trotz ihrer 64 resp. 62 Jahre der Sächsische Weißfert aus Taubenheim und der Zimmermann Weber aus Dresden. In den Neuesten Nachrichten stand am 13. März annoncier, in der eine Hausbesitzerin ein kleines Kapital zur Auszahlung einer Hypothek suchte und den Darlehen heiraten wolle. Die Inscrientin war die 61jährige Besitzerin des Hauses Mittelgasse 6 entrichte verm. Rästner. Durch die Heiratversprechungen wurden beide würden mit der Heirat vertröstet. Der eine bis zur Verhöldigung eines Prozesses, der andere mit der Androde, daß es jetzt, zur Fastenzeit, nicht schide, Hochzeit zu machen. Dem Brautpaar fehlte jedoch die Angestellte auch bei einem gemeinnützlichen Spaziergange das Standesamt und die Kirche, wo sie getraut werden. An dem im Hause der Angestellten befindlichen Feuerofen witterten beide Zeugen manches, was ihnen auffiel und bestätigte, entnen sie sich kennen. Nun stellten die beiden Strafanwälte, zuerst Verhandlung erklärte die Angestellte, auch ganz gern einen Vertrag ab, indem heiraten und dem andern sein Geld wiedergeben zu wollen, wenn sie es habe. Die Witwe wird aber vorläufig wegen Beispiels 6 Monaten 4 Wochen Gefängnis beurteilt, wobon 2 Monate

